

Zugegeben: Die Debatte ist nicht neu. Vor dem Hintergrund eines möglichen Machtwechsels in den USA diskutieren Wissenschaftler und Polit-Strategen in den Denkfabriken diesseits und jenseits des Atlantiks (wieder einmal) über die zukünftige Rolle Amerikas in der Welt – genauer: über den schwindenden machtpolitischen Einfluss der USA. Mindestens seit dem 11. September 2001, dann mit dem Ende der Ära Bush ist sie entbrannt, und heute, fast vier Jahre nach dem Amtsantritt Barack Obamas, scheint es nun eine Neuaufgabe zu geben: Wird Amerika seine Spitzenposition als globale Führungsmacht auch nach einem Machtwechsel in Washington behaupten können?

Im aktuellen Wahlkampf spielt die Frage eine eher untergeordnete Rolle. Das liegt vor allem daran, dass – wie fast immer bei US-Präsidentenwahlen – traditionell innen- und wirtschaftspolitische Themen den Ton angeben, da der amtierende Präsident außenpolitisch kaum angreifbar ist. Obama darf sich auf der Habenseite gutschreiben lassen, Osama bin Laden getötet, Al Qaida nachhaltig geschwächt und den Krieg im Irak beendet zu haben. Die Veränderungen im nordafrikanischen Raum konnten mit Umsicht und Geschick begleitet sowie das Verhältnis zu arabischen Staaten insgesamt verbessert werden. Vor allem der Rückzug aus dem Zweistromland (Ende 2011) und die (für 2014 angekündigte) Übergabe der Souveränität an die afghanische Führung sind von der US-Bevölkerung begrüßt worden.

Die Kritik des voraussichtlichen Präsidentschaftskandidaten der republikanischen Partei, Mitt Romney, richtet sich denn auch fast ausschließlich gegen das angebliche Versagen Obamas in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, hier vor allem der Arbeitsmarkt- und Haushaltskonsolidierungspolitik. Romneys Vorwurf, der Präsident sei ein „Beschwichtiger“ (appeaser), der sich mit der wirtschaftlich schwächeren Rolle der USA in der Welt längst abgefunden habe und der dazu neige, zu viele Zugeständnisse zu machen, enthält aber auch eine außenpolitische Spitze. Der Herausforderer ist offenbar der Auffassung, der Präsident habe den Glauben an die Größe und historische Sonderrolle der USA verloren: den Unglauben an die Einzigartigkeit des amerikanischen Gesellschaftsmodells. Das ist der Mythos, den alle Kandidaten im Rennen um die Präsidentschaft bemühen: die Überzeugung, von der Geschichte dazu auserwählt zu sein, die Macht Amerikas zu nutzen, eine führende Rolle in der Welt zu spielen, das Leuchtfeuer der Freiheit hinaus in die Welt zu tragen und die Segnungen des amerikanischen Lebensstils auch anderen Völkern zukommen zu lassen.

Von der Kolonie zur Weltmacht

Wer sich die machtpolitische Entwicklung der Vereinigten Staaten vor Augen führt, wird den Aspekt der historischen Einmaligkeit nicht übersehen können. Amerikas Aufstieg von einer Regional- zur Führungs- und weltweit agierenden Hegemonialmacht ist beispielloos. Schon mit Beginn

des zwanzigsten Jahrhunderts konnten die USA ihre Spitzenposition als Wirtschaftsnation festigen, mit dem Eintritt in den Ersten Weltkrieg war der Weg zu einer atlantisch-pazifischen Großmacht vorgezeichnet: Die Vereinigten Staaten wurden zu einem unverzichtbaren *Global player* in der internationalen Politik. Der Zweite Weltkrieg katapultierte sie nun endgültig in die Rolle einer Führungsmacht, die – vor allem aufgrund ihrer wirtschaftlichen und technologischen Überlegenheit nach Zündung der ersten Atombombe – zur Supermacht aufsteigen konnte. Unter Führung der USA entstand die institutionelle Architektur der Nachkriegsordnung, bestimmt vor allem von UNO, NATO, IMF und Weltbank. Im Verlauf der vierzigjährigen Geschichte des Kalten Krieges gelang eine Ausdehnung des machtpolitischen Einflusses über weite Teile der Welt, aber schon 1987 führte der Historiker Paul Kennedy in einer berühmt gewordenen Studie („Der Aufstieg und Fall der großen Mächte“) den USA erstmals die Möglichkeit vor Augen, sie könnten an ihrer „Überdehnung“ scheitern und ihren Status als Weltmacht verlieren. Vier Jahre später war der ideologische Gegner im Kalten Krieg, die Sowjetunion, politisch und wirtschaftlich am Ende, die USA verblieben als einzige Weltmacht, militärisch, technologisch und ökonomisch stärker als jede andere Macht zuvor.

Innerhalb weniger Monate war aus der Bipolarität des internationalen Systems eine unipolare Welt mit dem Machtzentrum in Washington geworden. Das verleitete den Historiker Francis Fukuyama zu einer kühnen Prognose. In seinem 1992 veröffentlichten Buch *Das Ende der Geschichte* sah er ein Zeitalter der liberalen Demokratie heraufdämmern, das er zum wahren Ziel der Geschichte umdeutete: Früher oder später, so meinte er, würden alle Länder der Erde die Trias aus Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaat annehmen. Fukuyamas Manifest wurde

zeitweise zur Bibel der Neokonservativen in Administration und Publizistik nach dem 11. September 2001.

Attackierte Hypermacht

Mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 begann eine neue Zeitrechnung. Amerika war erstmals auf eigenem Boden angegriffen und in seinem Selbstverständnis tief getroffen worden. Die einzigartige Stellung in der internationalen Politik war nicht mehr gegeben, der „unipolare Moment“, den der Politikwissenschaftler Charles Krauthammer beschrieben hatte, zum Ende gekommen. Amerika hatte – nach dem Nationalsozialismus und Kommunismus – nun einen dritten ideologischen Gegner.

Die Bush-Regierung reagierte mit dem „Krieg gegen den Terror“ – einem Krieg, der selbst mithilfe modernster, hochtechnologischer Waffen nicht zu gewinnen war. Die Waffengänge im Irak und in Afghanistan forderten von den USA über große menschliche und finanzielle Opfer und führten gleichwohl zu einem Macht- und Ansehensverlust in der Welt. Im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Europa war die Empörung über Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen rechtsstaatliche Grundsätze groß – dafür stehen Namen wie Guantánamo, Abu Ghraib oder Einzelaktionen wie die Verunglimpfung des Korans durch US-Soldaten. Amerika, so hieß es weithin, verate seine eigenen Werte und verliere damit das Recht, die Welt nach seinem Willen zu formen. Die Führungsmacht des Westens schien die moralische Legitimation auf Ordnung der politischen Verhältnisse eingebüßt zu haben.

Unter einem neuen Präsidenten sollte sich vieles ändern. Barack Obama war 2009 mit dem Anspruch einer umfassenden Transformation der amerikanischen Politik angetreten: Weniger Alleingänge und Militäreinsätze, mehr Kooperation und multilaterale Diplomatie war sein

außenpolitisches Credo. Der neue Präsident wollte ein anderes, besseres Amerika. Das Land werde eine Zukunft haben, wenn es zu den liberalen Werten zurückkehre oder wieder so werde, wie es einmal war – ein Vorbild für die ganze Welt, ein wohlmeinender Hegemon, der das Völkerrecht achte und auf jede imperiale Arroganz verzichte. Mit einer klugen Außenpolitik, die seine Außenministerin als *smart power* bezeichnete, durch sein geschicktes Vorgehen bei der Bewältigung internationaler Krisen konnte er einen Teil des Vertrauens zurückgewinnen, das sein Amtsvorgänger verspielt hatte. Trotz mancher Rückschläge haben die Vereinigten Staaten ihr Ansehen in der Welt verbessert und Vertrauen in die Gestaltungsmacht der amerikanischen Politik wiedererlangt.

Schwache innenpolitische Bilanz

Die Schwächen, die Obama und seine Politik angreifbar machen, liegen fast ausschließlich in der Innen- und Finanzpolitik. Vor allem die lang anhaltende Wirtschaftsfalut mit einer historisch hohen Arbeitslosenrate scheint die Weltmacht nachhaltig zu lähmen. Vom Optimismus und der Aufbruchstimmung nach der letzten Präsidentschaftswahl ist nicht mehr allzu viel übrig geblieben. Die Misere in der Wirtschaft hat auch zu sozialen Verwerfungen geführt und die gesellschaftlichen Spannungen verschärft: Zu groß ist der Gegensatz zwischen Arm und Reich, zu ungerecht ein Steuersystem, das es beispielsweise zulässt, dass ein mehrfacher Milliardär wie Warren Buffett einen niedrigeren Steuersatz hat als seine Sekretärin, zu hoch die Kriminalitätsrate, dazu Probleme im Bildungswesen und ein noch immer tief sitzender, gelegentlich durchbrechender Rassismus, der die Gesellschaft spaltet. Amerika ringt um Orientierung, sucht nach dem Aufstieg aus dem Jammertal einer ungewöhnlich langen, deprimierenden Wirtschafts-

krise. Viele Erwartungen, die es vor knapp vier Jahren in Obama setzte, wurden enttäuscht. Es formierten sich Massenbewegungen wie die *Tea-Party*- und die *Occupy-Wall-Street*-Bewegung. Ihre Anhänger fordern – aus gegensätzlichen Perspektiven – nicht weniger als eine fundamentale Erneuerung des Landes.

Die aktuelle Misere im Innern hat auch Auswirkungen auf die US-Außenpolitik. Wenn die Machtbasis, von der aus ein Staat operiert, von der eigenen ökonomischen und technologischen Stärke, seiner militärischen Schlagkraft, den kulturellen und zivilisatorischen Errungenschaften und der Attraktivität des eigenen Gesellschaftsmodells abhängt, sind die USA nach wie vor weltweit führend. Aber ihre ökonomische und militärische Macht hat abgenommen und wird weiter abnehmen. Das liegt wesentlich daran, dass sich die internationalen Rahmenbedingungen verändert haben. Aufstrebende Mächte wie Indien, Brasilien und Indonesien, vor allem aber China haben wirtschaftlich aufgeholt und werden mittelfristig den USA den ersten Rang unter den führenden Weltmächten streitig machen. Amerika muss sich an diese veränderte Welt anpassen. Es muss in Zukunft kürzertreten, will es sich im internationalen Wettbewerb behaupten, es muss die Probleme im eigenen Land lösen, um nach außen politische Attraktivität ausstrahlen zu können.

Im Wesentlichen sind es zwei Faktoren, die eine Reduktion der Weltmachtrolle der USA nahelegen: die schrumpfende ökonomische und fiskalische Basis sowie (aufgrund von Umfragen) erkennbare neo-isolationistische Strömungen in weiten Teilen der US-Bevölkerung, die von der politischen Klasse nicht auf Dauer ignoriert werden können. Denn: Amerika muss seinen Haushalt konsolidieren, seine Sozialausgaben überprüfen und seine Militärausgaben reduzieren. Vor allem Kürzungen im Militärhaushalt sind

unausweichlich. Die sich über die vergangenen zehn Jahre hinziehenden kriegerischen Verwicklungen kosteten die USA jährlich durchschnittlich zwischen 150 und 200 Milliarden Dollar und haben zusammen mit dem Kampf gegen den Terror zu einer Verdopplung des Verteidigungshaushaltes seit 2001 geführt; allein die Kosten für den Krieg im Irak werden von Experten auf drei Billionen Dollar geschätzt. Schon seit geraumer Zeit fordert die Bevölkerung mehrheitlich eine Reduktion des militärischen Engagements und einen Rückzug aus internationalen Operationen wie dem Afghanistankrieg, wenn damit die überbordende Schuldenlast teilweise getilgt werden kann.

Amerika muss sparen

Dass Ausgabenkürzungen insbesondere im Militärhaushalt zum unerbittlichen Streit führen, hat sich erst vor Kurzem bei den Verhandlungen um den Staatshaushalt gezeigt. Die Polarisierung der Parteien ging so weit, dass sie die Entscheidungsfindung selbst in scheinbaren Routinefragen über Monate hinweg lähmte. Der Politologe Andreas Falke hat infolge der Blockadehaltung der Republikaner gegenüber der Haushaltskonsolidierungspolitik der Obama-Administration überdies eine „Dysfunktionalität des politischen Systems“ ausfindig gemacht. Offensichtlich funktioniert das System der Gewaltenteilung nur dann, wenn moderate Kräfte Brücken der Kooperation bauen und zu Kompromissen bereit sind. Eine Entscheidungsfindung in der Frage der Haushaltskonsolidierung gelang aber vor allem aufgrund einer starren Abwehralhaltung der republikanischen Mehrheitspartei im Kongress nicht, ein fiskalpolitischer Stillstand und die zeitweise Abstufung der Kreditwürdigkeit waren die

Folge. Sollten die starren Konfliktlinien zwischen Demokraten und Republikanern weiterhin bestehen bleiben und auch in Zukunft Kompromisslösungen scheitern, ist es nur eine Frage der Zeit, bis der mit der Uneinigkeit einhergehende Ansehensverlust des politischen Systems in den USA auch auf außenpolitische, vor allem militärische und strategische Fragen, übergreift. Das politische System wirft hier jedenfalls die Frage der Glaubwürdigkeit und Führungsfähigkeit in der Welt auf. Es steht zu vermuten, dass die Vereinigten Staaten ihren Anspruch auf eine globale Führungsrolle unter dramatisch veränderten Umständen nicht mehr ohne Weiteres einlösen können. Abzusehen ist jedenfalls, dass sie bei eingeschränkter Handlungsfähigkeit kaum in der Lage sein werden, ihre Position als Weltmacht Nummer eins auf dem hergebrachten Niveau zu halten.

Damit soll nicht behauptet werden, dass die Vereinigten Staaten zukünftig ihre Rolle in der Weltpolitik deutlich reduzieren oder sich aus internationalen Verpflichtungen zurückziehen werden. Die „unverzichtbare“ Nation wird auch auf absehbare Zeit die Spielregeln internationaler Politik mitbestimmen. Sie verfügt über die gewaltigste Streitmacht zu Wasser, Land und Luft und über ein bedeutendes Arsenal von Atomwaffen. Natürlich besitzt das Land noch immer die konkurrenzfähigste Volkswirtschaft der Welt, auch wenn China wohl um die Mitte des Jahrhunderts Amerika den Rang als wirtschaftsstärkste Macht abgelassen haben wird. Die Strahlkraft der amerikanischen Lebensform und Kultur wird jedoch für lange Zeit ihre Anziehungskraft nicht verfehlen. Davon sind selbst die Skeptiker des amerikanischen Modells überzeugt.